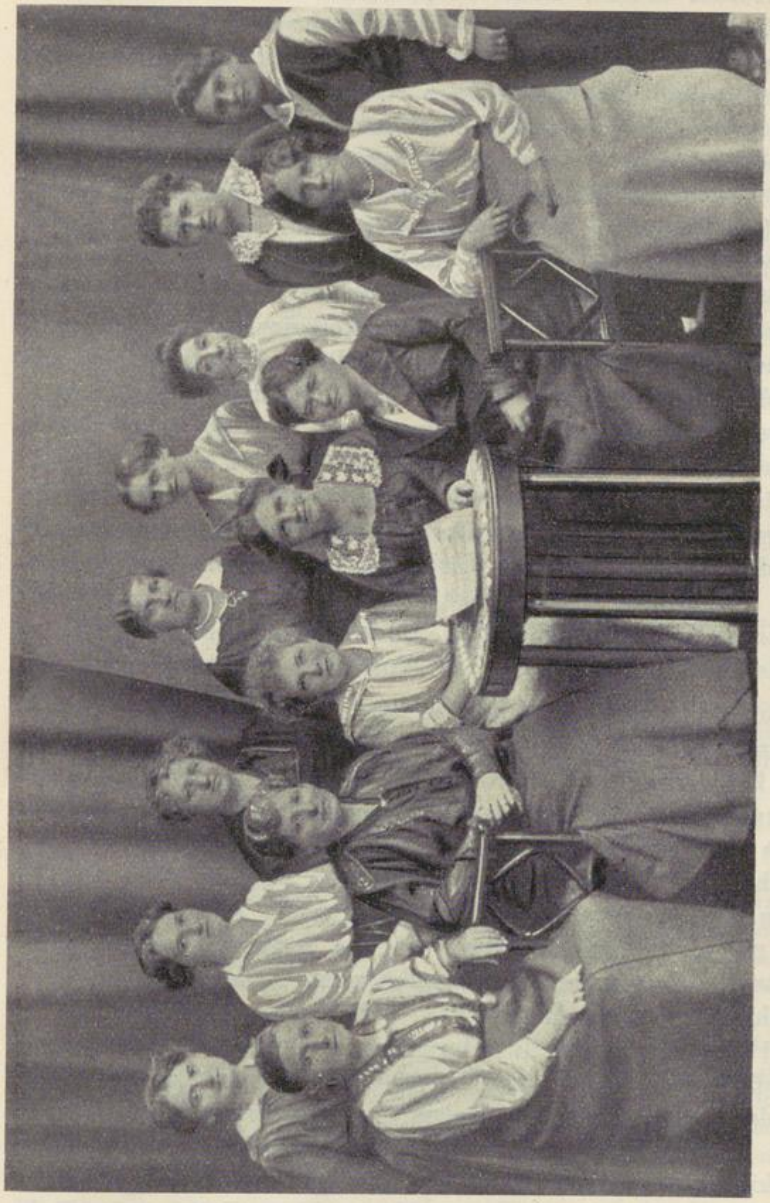
Frauenreichs- und n.-ö. Frauenlandeskomitee 1917



Obere Reihe von links nach rechts:
Josefine Deutsch, Marie Münzker, Amalie Pölzer, Marie Bock, Emmy Freundlich, Olga Hönigsmann, Anna Grünwald, Mathilde Eisler

Untere Reihe von links nach rechts:
Marie Schuller, Anna Boschek, Therese Schlesinger, Amalie Seidel, Adelheid Popp, Gabriele Proft

Über allem anderen steht die Organisation

Der Werdegang der sozialdemokratischen Frauenorganisation Österreichs enthält keine Etappe, die von Zerstörung oder Vergiftung durch persönliche Zerwürfnisse der tätigen Personen erfüllt war. Das ist vielleicht das Größte an unserer Bewegung, daß alle Genossinnen, an welcher Stelle sie auch stehen mochten, immer von dem einen Gedanken durchdrungen waren und sind: über allem anderen steht die Organisation. Meinungsverschiedenheiten hat es oft genug gegeben. Personen standen sich kämpfend und ringend gegenüber; wie aber das Gedeihen der Organisation in Betracht kam, genügte ein Appell an die Einigkeit, um persönliche Empfindlichkeit verstummen zu lassen. Die Zeit des Krieges, die in so vielen Ländern zur Bildung von Richtungen geführt hat, und darüber hinaus zum Zerschlagen von Organisationen, hat in Österreich organisatorisch keinen Schaden angerichtet. Wohl platzten die Meinungen aufeinander, für oder gegen die Deutschen oder, was schlimmer sei, russische oder deutsche Herrschaft. Die Kritik an der Haltung der einzelnen Parteien wurde oft und oft zum Diskussionsgegenstand in Sitzungen und Konferenzen. Und doch kam es zu keiner wirklichen Feindseligkeit der führenden Genossinnen untereinander, sie fanden sich immer wieder auf gemeinsamem Boden zusammen.

Darum konnte auch schon in den Kriegsjahren die Organisation wieder aufgerichtet werden. Die Frauenorganisation hatte bei Kriegsende um 12.000 Mitglieder mehr als zu Beginn des Krieges. Die „Arbeiterinnen-Zeitung" blieb erhalten; es konnten auch im Krieg Konferenzen stattfinden, die sich alle mit dem Ausbau der Organisation beschäftigten. Als im März 1915 in Bern eine Internationale Frauenkonferenz einberufen wurde, die nicht von den Parteivertretungen, sondern von den oppositionellen Genossinnen einberufen war, wurden auch die österreichischen Genossinnen zur Teilnahme eingeladen. Klara Zetkin, bis dahin die internationale Sekretärin der Frauen, bemühte sich, die österreichischen Genossinnen zur Teilnahme an der Berner Frauenkonferenz zu gewinnen, russische Genossen unterstützten sie dabei. Eine Abgesandte von Klara Zetkin erschien in Wien, um an einer Sitzung des Frauenreichskomitees teilzunehmen und im Namen Klara Zetkins eine Delegation nach Bern zu befürworten. Die Meinungen der Genossinnen waren geteilt. Aber nach einer langen und sachlichen Debatte im Beisein Viktor Adlers wurde beschlossen, die Delegation nach Bern abzulehnen. Heißumstritten war die Frage,

ob die Frauen ihre eigene selbständige Organisation behalten oder ob sie sich der Organisation der Männer anschließen sollten. Hier war es dasselbe. Nachdem einmal der Beschluß für die gemeinsame Organisation mit Mehrheit gefaßt war, stellten sich die Unterlegenen auf denselben Standpunkt und agitierten und begründeten die Richtigkeit der gemeinsamen Organisation. Mit Recht wurde erkannt, daß es wohl das größte Verdienst der österreichischen Genossinnen ist, im Krieg die Einigkeit bewahrt zu haben. Es wurden oft Resolutionen beschlossen, die in den verschiedenen Abschnitten des Krieges zu den auftauchenden Problemen Stellung nahmen. An den österreichischen und an den deutschen Parteivorstand wurden Resolutionen gerichtet. Es wurde gegen die Verhaftung von Klara Zetkin durch die deutsche Regierung protestiert wegen der Teilnahme an der Berner Frauenkonferenz. Aber immer war der Inhalt so, daß die Genossinnen der sonst entgegengesetztesten Richtungen dafür stimmen konnten.

Hier eine solche Resolution, beschlossen 1917 vom Frauenreichskomitee:

An die sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstages.

Werte Genossen!

Die Plenarversammlung der Wiener sozialdemokratischen Frauenorganisationen erlaubt sich im Vollgefühl der Freundschaft und innigen Solidarität, die zwischen unseren beiden Bruderparteien herrschen, eine Bitte an Sie, werte Genossen, zu richten.

Wie Ihnen wohl bekannt ist, hat das österreichische Parlament schon lange vor Ausbruch des Krieges aufgehört zu funktionieren, so daß unsere Abgeordneten nicht wie Sie die Möglichkeit besitzen, trotz Belagerungszustand und Zensur von einer unangreifbaren Tribüne aus zu der Öffentlichkeit zu sprechen. Darum können wir uns jetzt nicht darauf beschränken, uns, wie wir es stets gewohnt waren und noch niemals vergeblich getan haben, mit unserem Anliegen an die Genossen der österreichischen Reichsratsfraktion zu wenden. Vielmehr sehen wir uns diesmal gezwungen, gleichzeitig auch an Sie, werte Genossen, mit dem Ersuchen heranzutreten, daß Sie unserem Sehnen und Fordern eine Stimme verleihen mögen, und zwar gemeinsam und gleichzeitig mit der österreichischen Partei, falls es außerhalb der Parlamente und noch vor dem Zusammentreten des Reichstages geschehen kann; im deutschen Reichstag aber, wenn jeder andere schon früher betretene Weg sich als ungangbar erweisen sollte.

Wir Vertreterinnen der Parteigenossinnen Wiens sind der Überzeugung, daß der Zeitpunkt nun gekommen sei, an welchem die Zentralmächte ohne Gefährdung berechtigter Interessen die Initiative zum Friedensschluß ergreifen könnten und an welchem es darum für die Sozialdemokratie zur unabweislichen Pflicht geworden ist, eine solche Initiative von den verbündeten Regierungen zu fordern.

Leopoldine Glöckel

Jeder Vorstoß unserer Partei nach dieser Richtung hin müßte die lebhafteste Zustimmung und die glühendste Begeisterung in den weitesten Kreisen der Arbeiterschaft auslösen.

Auf dem Boden Deutschlands stehen nirgends mehr feindliche Truppen und die gänzliche Verdrängung der Russen von österreichischem Boden ist nur eine Frage der Zeit. Andererseits aber halten deutsche Truppen große feindliche Gebiete besetzt. Es ist darum an den Zentralmächten, die Hand zum Frieden zu bieten.

Deshalb scheint es uns jetzt an der Zeit zu sein, die beiden Regierungen der Zentralmächte mit allem Nachdruck daran zu erinnern, daß sie bei Ausbruch des Krieges ausdrücklich erklärt haben, keinen Eroberungskrieg führen zu wollen.

Wir bitten Sie darum, dringend an die deutsche Regierung die Forderung zu richten, daß sie die Initiative zur Einleitung von Friedensverhandlungen ergreifen möge. Wir sind überzeugt, daß die klare Erklärung Deutschlands, auf jede Annexion, insbesondere auf die Belgiens, zu verzichten, wenn die Integrität Deutschlands und Österreichs gewahrt bleibt, den Frieden im stärksten Maße fördern könnte.

Dann wird es die Sache der sozialdemokratischen Vertrauenspersonen in Deutschland und in Österreich sein, die Bewegung, die durch das Vorgehen der beiden Parlamentsfraktionen ins Rollen gebracht worden ist, unter der Arbeiterschaft lebendig zu erhalten und anwachsen zu machen.

Wir vertrauen fest darauf, daß Sie, werte Genossen, die Schwierigkeiten unserer Lage voll verstehen, unseren Schritt gutheißen und unser Ersuchen einer ebenso eingehenden Würdigung unterziehen werden, als wenn es aus den Reihen der reichsdeutschen Parteiorganisationen käme.

Mit schwesterlichem Gruß

für die Wiener sozialdemokratischen Frauenorganisationen.

Der schon lange vorausgesagte Zusammenbruch war gekommen. Die Soldaten strömten zurück, die Republik wurde proklamiert, die politische Gleichberechtigung war erreicht, das Wahlrecht aller Frauen vom zwanzigsten Lebensjahr an wurde beschlossen. Die Sozialdemokraten hatten wahr gemacht, was die Frauen von ihnen erhofft hatten. Auf ihren Antrag wurden die Frauen gleichberechtigte Bürgerinnen. Aus niedrigsten Anfängen, Schritt um Schritt vorwärtskämpfend, haben die Frauen die Höhe erklommen, auf der aus der rechtlosen, mißachteten „Frauensperson" die gleichberechtigte Bürgerin geworden war. Der Weg war nicht leicht. Auch die bürgerlichen Frauen haben den Kampf um ihre Gleichberechtigung geführt. Eine sehr erfolgreiche Mitkämpferin war dabei die Wiener Lehrerin Leopoldine Glöckel. Sie war in dem Stimmrechtskomitee der bürgerlichen Frauen tätig, aber sie hielt schon damals Vorträge in der „Libertas" und später im Verein der Heimarbeiterinnen. Das war gar nicht so einfach für eine Lehrerin, die dem christlichsozialen Bezirksschulrat unterstand.

Endlich Zusammenbruch und Wahlrecht

Als sie sich 1909 mit einem großen Kreis von Frauen an der Agitation für die Wahl in den Landtag beteiligte, um für Viktor Adler das Mandat erringen zu helfen, hat sie, gezeichnet mit der Unterschrift des Bürgermeisters Dr. Karl Lueger, eine schriftliche Rüge bekommen, „weil es mit der Standesehre einer Lehrerin der Stadt Wien unvereinbar sei, Wahlagitatorin für die sozialdemokratische Partei zu sein".

Dr. Lueger rügt die freie Frau